

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 5/2010

8. Dezember 2010

Schwarz-grün ist gescheitert. Die SPD steht bereit

Das Ende kam dann doch unerwartet. Am 28. November erklärte die GAL ihren Ausstieg aus der Regierungskoalition. Der gemeinsame Geist aus der Anfangszeit der Koalition sei verfliegen, eine stabile Regierung könne nicht mehr gewährleistet werden, so die Erklärung der GAL für ihren Rückzug aus der Regierung. Bürgermeister Ahlhaus, noch keine 100 Tage im Amt, reagierte verärgert: Ihm seien keine Kritik an Verlässlichkeit oder Signale des Rückzugs bekannt. Unklar ist, warum.

In den vergangenen Wochen war der wachsende Unmut zwischen den Koalitionspartnern in der Öffentlichkeit immer deutlicher geworden. Bereits vor dem Abgang Ole von Beusts rumorte es in der CDU kräftig angesichts der geplanten Schulreform. Nach dem Bürgermeisterwechsel mehrten sich die Konflikte: die umstrittenen Kürzungs-

pläne von Senator Stuth, die Schulnotenreform, die Anstellung Andreas Fritzenkötters als Medienberater und der Umgang mit HSH-Nordbankchef Jens Nonnenmacher sorgten für anhaltenden Zwist. Hinter den Kulissen gab es dazu noch zahlreiche andere Auseinandersetzungen, wie die GAL nun offenbarte.

Ist schwarz-grün nun doch keine erfolversprechende Koalition, wie uns zweieinhalb Jahre versucht wurde, einzureden? Die Bilanz der schwarz-grünen Regierung ist zumindest überschaubar: Das Kohlekraftwerk Moorburg wird gebaut, die Elbvertiefung ist noch nicht umgesetzt, Finanzierung und Streckenführung der Stadtbahn sind umstritten - die CDU will die Planungen nun sogar stoppen, die Elbphilharmonie ist ein Fass ohne Boden. Einzig den Erfolg der Leihräder muss man neidlos anerkennen

– für knapp drei Jahre Regierung ein bisschen wenig.

Für die SPD allerdings ist klar, was die nächsten Jahre getan werden muss, um der fortschreitenden sozialen Spaltung der Stadt entgegen zu treten: Mehr Wohnungen müssen gebaut werden. Die Zielmarke von 6000 Wohnungen pro Jahr hat der designierte Spitzenkandidat Olaf Scholz genannt. Außerdem sollen die Kita-Gebühren kontinuierlich gesenkt und bessere Jobs für Arbeitslose geschaffen werden. Weitere Wahlaussagen werden in den nächsten Wochen in der SPD diskutiert. Ein kurzer aber kraftvoller Wahlkampf steht an. Die SPD will diesen für sich entscheiden – zum Wohl der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

In dieser Ausgabe:

ZKUNFT DES DENKMALSCHUTZAMTS IN BARMBEK-SÜD	2
SOZIALE INFRASTRUKTUR AUF DEM DULSBURG BEDROHT	2
OBdachlosigkeit kurzfristig, langfristig und erfolgreich bekämpfen	3
AUFENTHALTSRECHTLICHE PERSPEKTIVEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND VERBESSERN	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
BUCHTIPP: NO LIMITS VON MARCO CARINI	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Ahlhaus' Kultur-Trickspielkiste oder: Der Absturz vom Gipfel

Wenn man nicht mehr weiterweiß, dann macht man einen ... Nein, das mit dem Arbeitskreis war gestern. Heute macht man gleich einen Gipfel, das klingt doch viel bedeutender. Da gibt es Wirtschaftsgipfel, Klimagipfel ... und nun auch einen

Hamburger Kulturgipfel. Und es stimmte ja auch wirklich: Meisterbürger Ahlhaus und sein so treuer wie schlichter Knappe Stuth wussten nicht mehr ein noch aus, denn das Volk wollte ihr kulturloses Treiben partout nicht akzeptieren.

Dabei hatten sie es sich

doch so schön ausgedacht: Die begehrten Milliönchen werden bei der Kultur geholt, denn wen interessiert die schon groß? In Hamburg, da zählen Pfeffersäcke, nicht Bücherkisten... dachte der Heidelberger.

Doch er hat sich getäuscht: Statt vereinzelt Unmut

bekam er den geballten und vor allem solidarischen Widerstand der Kulturschaffenden und – genießenden zu spüren.

Dann, im letzten Augenblick, kam dem Bürgermeister die rettende Idee: Wir laden alle Kultureinrichtungen an

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Sarrazin



Foto: S. Hofschlaeger/Pixelio, www.pixelio.de

Auch ein Runder Tisch konnte die Einsparungen im Kultur-Bereich nicht kaschieren.

einen Tisch, nennen das großspurig „Gipfel“, geben ihnen ein bisschen Zucker – und schieben ihnen den schwarzen Peter zu. Das Altonaer Museum wird nun zwar nicht sofort geschlossen, doch die Historischen Museen müssen nach wie vor 3,5 Mio. Euro einsparen; nur wie sie das machen, sollen sie nun selbst entscheiden. Auch das Schauspielhaus muss immer noch die gleiche

Summe einsparen; nur über mehrere Jahre gestreckt. Lediglich die Bücherhallen haben tatsächlich ein bisschen „gewonnen“: Sie müssen nun keine Standorte mehr schließen, sondern „nur“ die Gebühren erhöhen.

Wenige Tage schien es so, als hätte der Trick funktioniert, als hätten sich Kulturszene und Öffentlichkeit von den vermeintlichen Erfolgen

einlullen lassen. Doch die Hamburgerinnen und Hamburger sind nicht so blöd, wie man in Heidelberg vielleicht glauben mag. Der Widerstand ging weiter. Die Gipfelstürmer Ahlhaus und Stuth aber sind nun abgestürzt. Das Traverspiel ist zu Ende, der Vorhang gefallen. Applaus gibt's keinen, dafür umso größere Erleichterung.

Was passiert mit dem Denkmalschutzamt in Barmbek-Süd? Wilfried Buss fordert Aufklärung über Senatspläne

In der Straße Imstedt in Barmbek-Süd befindet sich das Hamburger Denkmalschutzamt, passenderweise in einem denkmalgeschützten ehemaligen Schulgebäude – noch. Denn im Zuge seiner Sparpläne will der Senat das Amt drastisch verkleinern und in die Innenstadt verlagern.

Was passiert nun mit dem alten Schulgebäude in

Imstedt 20, das aufgrund seiner besonderen Architektur selbst als denkmalgeschützwürdig eingestuft ist? Gerüchten zufolge soll es abgerissen und das Grundstück verkauft werden!

Der SPD-Wahlkreisabgeordnete Wilfried Buss will nun Klarheit. Deshalb hat er eine Anfrage an den Senat gerichtet; der Senat soll Farbe bekennen, was er mit

Gebäude und Grundstück vorhat. Buss: „Zynisch könnte man sagen: Es passt zusammen. Wer den Denkmalschutz beschneidet, der kann auch weniger Gebäude schützen. Und umgekehrt. Aber das ist Politik von gestern. Vernünftiger wäre es stattdessen, ein solches Gebäude zu erhalten und weiterhin sinnvoll zu nutzen. Und wirtschaftlich wäre es auch.“

Soziale Infrastruktur auf dem Dulsberg bedroht

SPD unterstützt Proteste und fordert bessere Ausstattung der Bezirke zum Erhalt der betroffenen Einrichtungen

Mehrere Einrichtungen und Projekte im Stadtteil Dulsberg sind von Kürzungen und Nicht-Nachbesetzungen betroffen und dadurch teilweise in ihrer Existenz bedroht. Im Stadtteil und vor der Bezirksversammlung fanden dazu Ende Oktober lautstarke Proteste der Dulsbergerinnen und Dulsberger statt.

Ksenija Bekeris unterstützt die Proteste der Dulsbergerinnen und Dulsberger und verweist auf die Ursachen der Kürzungen: „Der Senat

will über zehn Millionen bei den Bezirken einsparen. Wir sehen auf dem Dulsberg ganz konkret, welche Auswirkungen das hat: hier sind erfolgreiche Strukturen massiv bedroht!“

Im Stadtteil Dulsberg wurde in den letzten Jahren beispielhaft gezeigt, wie ein sozial schwacher Stadtteil durch die Etablierung von Bürgerbeteiligungsstrukturen, den Aufbau und die Vernetzung sozialer Einrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe für

alle Bevölkerungsgruppen attraktiv wird und bleibt.

Von den Sparmaßnahmen sind das Haus der Jugend Alter Teichweg, das Spielhaus Dulsberg, die Elternschule Barmbek am Alten Teichweg, die Mütterberatung sowie das Stadtteilbüro, der Nachbarschaftstreff und die MigrantInnenberatungsstelle Globus betroffen.

Die SPD in Bezirk und Bürgerschaft setzt sich für den Erhalt der Einrichtungen im bisherigen Umfang ein.

KSENIJA BEKERIS:
DAS GUT
FUNKTIONIERENDE
SOZIALE NETZ AUF
DEM DULSBERG
DARF NICHT
BESCHÄDIGT
WERDEN. DAFÜR
SETZE ICH MICH EIN.

Kurzfristig, langfristig und erfolgreich die Obdachlosigkeit in Hamburg bekämpfen

SPD fordert schnelle Aufstockung der Notunterbringung und neue Wege in der Wohnungslosenhilfe: Zielgruppenorientierung, bessere Beratung, Anlaufstelle für nicht-deutsche Wohnungslose

Es ist kalt geworden in Hamburg. Bis zu minus 10 Grad sind Ende November gemessen worden. Jetzt auf der Straße zu übernachten ist lebensgefährlich. Und trotzdem gibt es Menschen in Hamburg, die draußen schlafen. Das Winternotprogramm für Obdachlose bietet wie jedes Jahr 200 zusätzliche Schlafplätze an, um vor der tödlichen Kälte zu schützen. Über 1000 auf der Straße lebende Menschen wurden im vergangenen Jahr gezählt, gut 3000 Wohnungslose leben in Unterkünften und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Die

verdeckte Zahl der Obdach- und Wohnungslose aber ist viel höher als in den vergangenen Jahren. Bereits seit dem Sommer platzen die öffentlich-rechtlichen Unterkünfte für Wohnungslose und Flüchtlinge aus allen Nähten. Das hat mehrere Gründe: vor allen anderen der Wohnungsnotstand, der dazu führt, dass aus den öffentlichen Unterkünften und aus anderen Wohnungsloseneinrichtungen fast keine Vermittlung mehr in privaten Wohnraum stattfinden kann. Dazu kommt die starke Zunahme der Anzahl von Flüchtlingen. Die Stadt ist

damit sehenden Auges mit zu wenig Notschlafplätzen in den Winter gegangen. „Wenn jetzt nicht mehr Plätze zur Verfügung gestellt werden, ist es eine Frage der Zeit, wann der erste Kältetote zu betrauern ist. Mindestens 200 weitere Notbetten in max. 4-Bett-Zimmern sind nötig, um die Situation zu entschärfen“ formuliert Ksenija Bekeris ihre aktuellen Forderungen.

Auf diese Forderungen hat der Senat kurzfristig mit der Öffnung des Bunkers am Hachmannplatz reagiert.

Fortsetzung auf Seite 4



Foto: Bernd Sterzl/Pixelio, www.pixelio.de

Winter in Hamburg: für Obdachlose ist die nächtliche Kälte eine tödliche Gefahr

Bessere aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund durchsetzen

Die SPD fordert, gut integrierten Kindern und Jugendlichen einen dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen

Der Fall der aus Ghana stammenden Abiturientin Kate Amayo, der vor wenigen Wochen Schlagzeilen machte, hat es klar gezeigt: Das Aufenthaltsrecht für Jugendliche mit Migrationshintergrund muss verbessert werden! Einen entsprechenden Antrag der SPD hat Wilfried Buss in die Bürgerschaft eingebracht.

Sogenannte „ausländische“ Kinder und Jugendliche, die in Deutschland geboren und hier integriert sind, haben meist keinen Bezug mehr zum Herkunftsland ihrer Eltern. Da ihr Aufenthaltsstatus aber an den ihrer Eltern gekoppelt ist, passiert es

nicht selten, dass diese Kinder und Jugendlichen bei unsicheren Aufenthaltsverhältnissen mit zurück ins Herkunftsland der Eltern geschickt werden. Dies will die SPD nun ändern: Integrierte Kinder und Jugendliche sollen einen eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

Das Land Bremen hat dafür bereits einen Weg gefunden: Die Behörden prüfen gesondert, ob eine Abschiebung der Kinder und Jugendlichen für sie zumutbar ist oder nicht. Bei Unzumutbarkeit erhalten sie einen eigenen, gesonderten Aufenthaltstitel.

Wilfried Buss, Sprecher der SPD im Eingabenausschuss der Bürgerschaft und Mitglied der Härtefallkommission, erklärt dazu: „In Zeiten, wo nur über die negativen Aspekte unzureichender Integration gesprochen wird, ist dieser Weg der Stadt Bremen eine gute Möglichkeit, eine aktive Integration der Kinder und Jugendlichen voranzutreiben. Daher wollen wir das Modell aus Bremen auch hier in Hamburg umzusetzen.“

**WILFRIED BUSS:
INTEGRIERTE KINDER
UND JUGENDLICHE
MÜSSEN EIN
EIGENSTÄNDIGES
AUFENTHALTSRECHT
ERHALTEN.**

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

**Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris
Büroleitung: Beate Schmid-Janssen**

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di-Fr.: 09-13 Uhr
Mi: 09-19 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

**Abgeordnetenbüro Wilfried Buss
Büroleitung: Sönke Klages**

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Schulausschuss
- Sozialausschuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur- und Kreativwirtschaftsausschuss

Buchtip: „No Limits“ von Marco Carini

Der langjährige taz-Hamburg-Journalist Marco Carini hat mit „No Limits“ seinen ersten Krimi vorgelegt – und was für einen!

Allerdings: Wer sich nur seichte Unterhaltung für wohlige Weihnachtstage wünscht, sollte die Finger von ihm lassen. Denn der Roman behandelt ein Thema, das so erschreckend ist wie real: Die unbarmherzige Ausbeutung von Frauen und Kindern in Pornographie und Prostitution; der verbrecherische, skrupellose Handel mit Menschen. Der Autor zieht seine Leser/innen Stück für Stück in eine (Unter-)Welt, deren

Existenz wir alle ahnen, ja eigentlich wissen müssen, die wir aber nur allzu gern verdrängen, weil sie kaum zu ertragen ist.

Dabei versteht Carini es meisterhaft, seine schonungslose Darstellung in eine spannende Handlung zu hüllen, die bei aller Drastik nie unglaublich wird. Schließlich kann seine Fiktion an reale Begebenheiten anknüpfen; sozusagen an die Spitze des Eisbergs, die ab und zu sichtbar wird. Eine Autorin sagte einmal: Ein gutes Buch erkennt man daran, dass man nach seiner Lektüre

ein anderer Mensch ist als vorher – zumindest ein wenig. Auf dieses Buch trifft das zu.

**Marco Carini
No Limits**

erschienen im
Rotbuch Verlag.
352 Seiten,
16,95 Euro

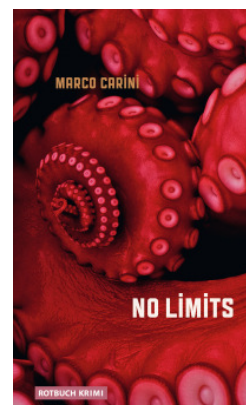


Foto: Rotbuch Verlag

Fortsetzung S. 3 Obdachlosigkeit bekämpfen

Ob dieser aber als Notunterkunft angenommen wird, ist noch nicht klar, denn ohne ein Mindestmaß an Privatsphäre bleiben viele Obdachlose trotz eisiger Kälte lieber auf der Straße.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat über diese kurzfristigen Forderungen hinaus ein umfassendes Konzept zur dauerhaften Bekämpfung von Wohnungslosigkeit vorgelegt. Eine stärkere Zielgruppenorientierung soll wohnungslose

Menschen gezielter in Wohnraum vermitteln. Dies kann nur gelingen, wenn gleichzeitig mehr Wohnungen zur Verfügung stehen. Deshalb will sie SPD auch den Neubau von Sozialwohnungen und den Ankauf von Belegungsbindungen für Benachteiligte am Wohnungsmarkt angehen. Auch auf die stark zunehmende Zahl an nicht-deutschen Wohnungslosen will die SPD reagieren. Eine zentrale Anlaufstelle

soll die Verbindung zu Konsulaten herstellen, eine Rechtsberatung anbieten und ärztliche Akutversorgung vermitteln. Diese und andere Vorschläge werden als Antrag der SPD noch in diesem Jahr in der Bürgerschaft debattiert.